

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer, Leipzig, Markt 14. Druck: Auer, Leipzig, Markt 14. Telefon: 1234. 1924.

Angabenpreis: Die Abonnementpreise für das Erzgebirge sind 6 Monate 4.00 M., 1 Jahr 7.00 M., 2 Jahre 13.00 M., 3 Jahre 19.00 M. Einmalige Anzeigen sind 10 Pfennige pro Zeile pro Tag, 5 Pfennige pro Zeile pro Woche, 3 Pfennige pro Zeile pro Monat. Der Anzeiger des Erzgebirges ist ein Anzeiger des Erzgebirges, amtliche Seite des Erzgebirges.

Ergebnisse: Erzgebirge, Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts. Druckkosten: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 145

Dienstag, den 24. Juni 1924

19. Jahrgang

Der moralische Pakt von Chequers.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Es ist allgemeiner Brauch, daß nach einer Zusammenkunft von Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs die bestmöglichen offiziellen Fiebern in wohlklingenden Erklärungen die vollständige Übereinstimmung der Anschauungen, die sich bei den Unterredungen ergeben haben, und die daraus entstehende Übereinstimmung der Ziele hervorzuheben. Obgleich der englische Ministerpräsident Macdonald ebenso wie sein französischer Kollege Herriot in ihr Programm eine Vonderung der bisherigen diplomatischen Methoden aufgenommen haben, ist man nach der Zusammenkunft dieser beiden Staatsmänner auf dem Land der englischen Ministerpräsidenten von diesem Brauch nicht abgewichen. Wiederum sind die Zeitungen voll von Berichten über die Herzlichkeit und Aufrichtigkeit der Aussprache zwischen den beiden Staatskernern und es fehlt nicht an schmalzvollen Stimmungsbildern und pathetischen oder sentimentalen Einzelheiten, die den Berichten für das große Publikum Farbe und Eindringlichkeit verleihen sollen. Dieses Mal hat man auch in den üblichen diplomatischen Wortschatz ein neu geprägtes Gebilde eingefügt, um die Beziehungen zu kennzeichnen, die auf Grund der Zusammenkunft von Chequers künstlich zwischen den beiden Regierungschefs und ihren Vändern bestehen werden. Der französische Ministerpräsident hat das Wort gesprochen daß ein „moralischer Pakt“ verbindliche Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich abgeschlossen werden solle und Macdonald hat dieses Wort bereitwillig aufgenommen und sich zu eigen gemacht.

Bedeutet dieser von dem literarisch behändigten französischen Ministerpräsidenten geschaffene neue Ausdruck nur ebensoviel oder vielmehr ebensowenig, wie die anderen Redewendungen, hinter denen die sämtliche Diplomatie ihre Gedanken zu verbergen pflegt? Wir möchten annehmen, daß in dem vorliegenden Falle doch etwas mehr hinter dieser schönklingenden Phrase zu suchen ist. Wir glauben dies umso mehr, als dieses Wort durchaus der politischen Lage und der Eigenart der beiden Staatsmänner entspricht. Die Zusammenkunft von Chequers war eine rein persönliche Führungsnahme und es war von vornherein ausgeschlossen, daß dort irgendwelche endgültige Abmachungen materielle Art getroffen wurden. Denn England und Frankreich sind in dieser Beziehung ja an die Zustimmung der anderen Mächte gebunden, die allerdings kaum ausbleiben dürfte, wenn beide Mächte sich vollkommen einig sind. Infolgedessen legt der Ausdruck des französischen Ministerpräsidenten auch den besonderen Nachdruck auf das Wort moralisch. Es sind keine Dokumente in Chequers unterzeichnet worden, keine Bündnisse abgeschlossen, keine Militärkonventionen verabschiedet. Aber es ist dort offenbar festgestellt worden, daß die beiden führenden Politiker der Westmächte in den Grundanschauungen über die Erfordernisse der politischen Lage übereinstimmen. Welche glauben, daß die Schwierigkeiten Europas nur erfolgreich beseitigt werden können durch eine Politik der Zusammenarbeit der Nationen und der Einschränkung der Rüstungen, durch eine demokratische und friedensfreundliche Politik, die dem Volkswohl und dem Militarismus den Boden entzieht und so die Grundlage für einen wirklichen Frieden in der Welt legt. Die beiden Führer der westlichen Demokratie sind in Chequers übereingekommen, in ständiger Zusammenarbeit der Bestreben dieser Grundsätze anzustreben. An die Stelle des ausgeprochenen Mißtrauens, das zwischen Macdonald und Herriots Vordänger Poincaré bestand, ist ein gutes persönliches Vertrauensverhältnis getreten, dessen Auswirkung auf die Politik zweifellos nicht unbeträchtlich sein wird. Damit ist der erste Schritt zur Wiederherstellung der englisch-französischen Entente getan, die bekanntlich einer der Hauptpunkte im Regierungsprogramm des französischen Ministerpräsidenten ist.

Diese Annäherung der beiden Westmächte ist eine politische Tatsache von allergrößter Bedeutung. Wenn es Herriot gelingt, die starken nationalistischen Widerstände in Paris zu überwinden und diese Linie weiter folgerichtig einzuhalten, so wird damit eine neue Epoche in der europäischen Politik eingeleitet. Für Deutschland braucht sich daraus keineswegs eine Verschlechterung seiner politischen Lage zu ergeben. Denn die diplomatische Geschichte der letzten Jahre hat uns gelehrt, daß wir leider nicht die Rolle des sich freudigen Dritten spielen können, wenn England und Frankreich sich streiten. Wir haben vielmehr zu unserem Leidwesen feststellen müssen, daß die englisch-französischen Auseinandersetzungen stets auf unserem Rücken ausgegetragen worden sind. Je weiter England von Frankreich abbrückte, umso mehr verschärfte dieses seinen Druck auf Deutsch-

land und keine englischen Proteste haben Frankreich hindern können, seine Politik der Sanktionen und Gewalttaten zu verwirklichen. Erst als mit dem Arbeiterführer Macdonald ein neuer Geist in die englische Politik einzog, traten auch in Frankreich die ersten Anzeichen zu einer Vonderung der bisherigen Politik hervor. Nichts wäre allerdings verkehrter, als ein übertriebener Optimismus, der nun schon den Anbruch eines neuen goldenen Zeitalters für Deutschland ankündigen sollte. Nahe beieinander wohnen die Gedanken, aber es ist nun einmal so, daß die Dinge sich hart am Raume stoßen. Die Interessen der verschiedenen Nationen sind nun einmal vielfach entgegengesetzt und es wird auch bei allseitigem guten Willen langer mühsamer Arbeit bedürfen, um einen einträgen erträglichen Ausgleich herbeizuführen. Die Wahl Doumergues zum französischen Präsidenten und de Selves zum Senatpräsidenten hat gezeigt, daß Herriots Stellung nicht unangenehm ist und daß die nationalistischen Einflüsse in Paris immer noch stark sind. Und diese Einflüsse scheinen zum Teil auch auf den französischen Ministerpräsidenten einzuwirken zu haben und infolgedessen sind nicht alle Ergebnisse der Konferenz von Chequers für uns zufriedenstellend. Trotzdem dürfen wir den großen Fortschritt nicht verkennen, der darin liegt, daß Herriot im Gegensatz zu Poincaré die Politik der wirtschaftlichen Vänder ein für alle Mal und vorbehaltlos aufgeben will und daß er auch zur Abmilderung des Mißgebiets bereit ist, wenn das Sachverständigengutachten in Funktion tritt. Bedauerlich sind nur die Vorbehalte, die er mit Bezug auf die Rheinlandbahnen gemacht hat, und über die keine Einigkeit mit Macdonald erzielt werden konnte.

Das Ergebnis der Besprechung von Chequers.

Das offizielle Kommuniqué über die Begegnung in Chequers ist inzwischen bekannt geworden. Der letzte Satz, der den Entschluß der beiden Regierungen ankündigt „einen moralischen Vertrag beständiger Zusammenarbeit zu schließen“, ist von Herriot vorgeschlagen und von Macdonald sofort angenommen worden. Sauerwein, der mit Herriot und Macdonald gesprochen hat, gibt im „Matin“ folgende Darstellung. Er hält die Bedeutung der Abmachungen für sehr groß und glaubt, daß bei Männern wie Macdonald und Herriot ein „Englischer Mißtrauen“ keine Berechtigung habe, auch wenn noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden seien. Da die Schilderung des „Matin“ am genauesten auf die Einzelheiten eingeht, sei nach diesem Bericht gesagt, was in Chequers beschlossen worden ist:

- 1. Die beiden Premierminister sind darüber einig, daß der Sachverständigenplan sofort zur Ausführung gebracht werden soll, „mit den Ergänzungen, an denen jetzt die Reparationskommission arbeitet“. Dazu muß gesagt werden, daß wahrscheinlich die Ergänzungen gemeint sind, welche die Organisationsausschüsse im Augenblick ausarbeiten. Vonderungen des Planes durch die Reparationskommission widersprechen den Gedanken der Sachverständigen. Die Informationen über die Vorbereitungen zur Ausführung des Berichts, die Macdonald und Herriot aus Berlin erhalten haben, sind optimistisch. Es wird nicht mehr befürchtet, daß der Reichstag die notwendigen Gesetze ablehnen könnte.
- 2. Sobald die nach dem Sachverständigenplan geschaffenen Organisationen in Funktion treten, wird die wirtschaftliche Einheit des Reiches wieder hergestellt, und das französische Goldesystem hinstellt. Über diese beiden Punkte besteht Einigkeit. Anders verhält es sich mit dem dritten Punkt: der militärischen Räumung. Hier will Herriot eine Garantie, „Frankreich soll die Kontrolle gewisser strategischer Eisenbahnlinien erhalten, damit die französische Regierung im Notfall wieder Truppen nach Deutschland schicken kann. Macdonald ist anderer Meinung. Er will für den Fall einer Vertragsverletzung Deutschlands treu zu Frankreich halten, aber er glaubt, daß eine Kontrolle auch nur eines Teiles der Eisenbahnlinie durch französisch-belgisches Regierungspersonal unpraktisch ist. Die internationalisierte Rheinlandkommission genügt zur Kontrolle. Dieser Punkt des gemeinsamen Programms wird erledigt werden, wenn
- 3. im Juli eine zweite Konferenz einberufen wird, diesmal mit Beteiligung der Belgier, Italiener und vielleicht auch der Vereinigten Staaten. Auch die Deutschen sollen an dieser Konferenz teilnehmen, allerdings nur zur Unterzeichnung des Schutzprotokolls. Diese Konferenz soll am 18. Juli in London beginnen, vorausgesetzt, daß die anderen Verbündeten mit diesem Datum einverstanden sind. Sie soll sich nur mit der Durchführung des Sach-

verständigenplanes beschäftigen, dagegen alle anderen Probleme, die Sicherheitsfrage, die Kriegsschulden der Alliierten, die Verteilung der Reparationssumme auf eine spätere Beratung vertragen, die wahrscheinlich in Paris stattfinden werde. Nur die militärische Übereinstimmung der deutschen Rüstungen verbietet keinen Aufschub. Über diese Frage besteht Einigkeit.

4. Macdonald und Herriot sind beide der Meinung, daß die von der Vorkonferenz verlangte Bestandaufnahme der deutschen Verhältnisse durch eine Ueberwachungskommission sofort erfolgen muß. In dieser Beziehung ist der englische Premierminister noch fester entschlossen als Herriot. Wenn die Antwort aus Berlin, die bis zum 30. Juni erfolgen muß, nicht befriedigt wird, die Erfüllung der von der Vorkonferenz gestellten Forderungen von allen Verbündeten gemeinsam energisch verlangt werden. Erst nach der Aufnahme des Inventars kann die Ueberwachung dem Völkerbund übertragen werden.

5. Ramsay Macdonald und Herriot werden, wie in dem Kommuniqué erwähnt ist, im September zusammen auf der Tagung des Völkerbundes in Genf erscheinen um die Umwandlung der Ueberwachung in die Aufsicht des Völkerbundes einzuleiten und die weiteren Aufgaben des Bundes ausbauen zu helfen.

Die deutsche Regierung zur Militärkontrolle.

Die „Nationalzeitung“ teilt mit, daß nicht daran zu zweifeln sei, daß die deutsche Reichsregierung hinsichtlich der Militärkontrolle eine Antwort an die Entente erteilen werde, die die Grundlage für eine reibungslose Erledigung des Programms bilden könne.

Die deutsche Regierung sei der Ueberzeugung, daß auch eine erneute Generalkontrolle ihrer sämtlichen militärischen Einrichtungen zu einem beide befriedigenden Ergebnis führen müsse. Da Deutschland nichts unterhalte, was mit den verfassungsmäßigen Bestimmungen nicht in vollem Einklang steht. Schwierigkeiten würden nur darin erblickt, daß die Kontrollmaßnahmen bisher immer zu Zwischenfällen führten. Die Reichsregierung glaube aber auch in diesem Punkt der Entente die Sicherheit geben zu können, daß sie ihre Kontrollmaßnahmen vollkommen unabhängig durchführen könne, vorausgesetzt, daß sie die tatsächlich letzte Kontrollmaßnahme sei und verfassungsmäßig die Militärkontrolle dann an den Völkerbund übergeben werde.

Das gleiche Blatt teilt auch noch mit, daß nach den Eindrücken des sich zurzeit in Berlin aufhaltenden Vorkonferenz v. Hoersch, von Deutschland in der Frage dieser Note eine Haltung eingenommen werden müsse, die es dem neuen französischen Ministerpräsidenten als ausgeschlossen erscheinen lasse, daß der französischen Sicherheit von Deutschland irgendeine Gefahr drohen könnte.

Hoersch bei Stresemann.

Der deutsche Vorkonferenz in Paris v. Hoersch ist aus Paris in Berlin einetroffen und hat sofort dem Außenminister Dr. Stresemann eingehend Bericht über seine Eindrücke erstattet. Einzelheiten darüber werden an amtlicher Stelle begreiflicherweise nicht mitgeteilt, schon weil dies die Stellung unseres Vorkonferenz in Paris erschweren könnte.

Ein Amerikaner über die Kriegsschuldfrage.

Beim Jahresabschlussfest des berühmten amerikanischen Robertkollektors in Konstantinopel hielt der Professor Carlo von der Columbia-Universität eine würdevolle Rede, die auch politisch von Bedeutung war. In seinen Ausführungen, die darin gipfelten, daß das Ziel der Jugendbildung Humanität sein müsse, kam er auch auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen und sagte: „Bis in die allerletzten Zeit herrschte die Sitte, die ganze Schuld am Weltkrieg auf die Mittelmächte zu werfen, die, wie man sagte, die Kriegsschuld auf das nicht vorbereitete und gutgläubige Europa losgelassen hätten. In dieser naiven Geschichtsauffassung der letzten fünf Jahre schloß man die Augen vor der Kriegsschuld aller großen Mächte, deren fehlerhafte Systeme des Nationalismus, des Imperialismus und des Militarismus den Frieden verneinten. Es ist ein Glück, daß die jüngsten Urteile über den Ursprung des Krieges die gemeinsamen Fehler der europäischen Zivilisation erkannt haben. Ein Krieg kann notwendig sein für die Erhaltung der nationalen Existenz, aber auf die Dauer werden stets die Nationen, die das Schwert ziehen, durch das Schwert zugrunde gehen. Die Vaterlandsliebe ist an sich eine schöne Empfindung, aber sie kann gefährlich werden, wenn sie die Menschenliebe ersetzt. Der Weltkrieg hat nur zerstört. Ihr Jungen habt die Aufgabe, das Unglück wieder gutzumachen.“

an: Spiel... goldenen... Markt... Huer... Hamt... der... Mäde... los... Hünen... gegen... sich... Ader... Kos... ver... und... schrieb... ler... Hünen... aus... n... werden... it... ihre... Chancen... Aussicht... Lönnde... da... Sollte... ich... eine... halbe... nicht... mit... werden... Gewinne... es... jedoch... 14... Gewin... bescheiden... n... und... n... hoffen... rden... Sie... von... dem... cher... ihm... bitte... ich... ja... f... so... f... meine... Antauend... auf... einer... elastisch... abgeben... Kunde... Briefes... was... hat... hinter... weisung... schilt... mir... einzunehmen... Lumpige... ers... nicht... gewiß... angenheit... es... bilden... mann... 5. Rue... Foto... lung... zur... ist... n... en... n... und... führt... 15... an... 1923... enfr... Pfund... 1. 54.

Die Landtagswahlen in Anhalt.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen, die am letzten Sonntag in Anhalt stattfanden, liegt nun vor. Die Mandatsverteilung ist die folgende: es erhalten die Deutschnationalen 2 Mandate, die Demokraten 4, der Landbund 3, die Hausbesitzer 1, die Wirtschaftspartei 1, die Deutsche Volkspartei 6, die Sozialdemokraten 18 und die Kommunisten 4. Auf der äußersten Rechten werden also 10 Abgeordnete stehen. Da auf der äußersten Linken nur 4 kommunistische Mandate zu zählen sind, so ist eine sichere Mehrheit der großen Koalition ohne Zweifel vorhanden. Fraglich ist freilich, ob die Deutsche Volkspartei für eine solche Koalition zu haben sein wird. Sie hat bei den Wahlen eine Listenverbindungs mit den gesamten Rechtsgruppen gehabt, aber vielleicht werden die Erfahrungen des Wahlkampfes, in dem gerade auch die Deutschnationalen mit aller Schärfe gegen sie zu Felde gezogen sind, ihnen als Lehre dienen, zumal ja der Verlust, den die Deutsche Volkspartei bei der Anlehnung an die Deutschnationalen und dem einseitigen Kampf gegen Demokraten und Sozialdemokraten gegenüber der letzten Reichstagswahl erlitten hat, überaus schmerzhaft für sie ist. Es muß natürlich berücksichtigt werden, daß die Zahl der Landtagswähler geringer ist als die der Wahlberechtigten zur Reichstagswahl, aber gerade wenn man das berücksichtigt, fällt in die Augen, daß die Deutschnationalen, die mit dem Landbund und den Hausbesitzern zusammen ihre Reichstagsstimmen sogar überschritten haben, die Seite an Seite mit ihnen kämpfende Deutsche Volkspartei schwer geschädigt haben. Ebenso schwer wie die Verluste der Deutschen Volkspartei sind die der Kommunisten und der beiden völkischen Gruppen. Die Sozialdemokraten haben sich dagegen außerordentlich gut gehalten und auch die Demokraten haben die Zahl von 4. Mal fast ganz erreicht; man muß bei der demokratischen Stimmziffer natürlich die Stimmen, die für die Sonderlisten der Bodenreformer und des Bauernbundes abgegeben wurden, hinzurechnen, da beide Listen mit führenden Demokraten besetzt waren.

Das Gesamtergebnis ist dahin zusammenzufassen: Die bisherige sozialistische Mehrheit ist gebrochen, eine Mehrheit der Rechten ist nicht an ihre Stelle getreten. Die Politik der Mitte ist durch das Wahlergebnis voll gerechtfertigt worden.

Die Ermordung Walter Rathenaus.

Heute vor zwei Jahren wurde von verwilderten Fanatikern und Blöden, unreligiösen Furchen Walter Rathenau umgebracht. Brutale Gemeinheit und listige Dummheit hatten sich zur Ermordung eines Mannes verschworen, der den Reiz und den Argwohn bellender Motten erregt hatte, weil er geistig und moralisch zu hoch über ihnen stand. Die „Blödsinnigen“ konnten in Walter Rathenau, der seine glänzenden Fähigkeiten und seine Arbeitskraft einsetzte, um Deutschland wieder emporzubringen, nur einen Fremdling sehen. Weil er in Wiesbaden mit Souffeur verhandelte, und weil er die Reparationsfrage so günstig wie möglich zu erledigen trachtete, wurde er von den „Nationalgehirnen“, die damals jede „Erfüllungspolitik“ als einen Verrat am Vaterlande bezeichneten, mit zornigen Schmähungen verfolgt. Heute ist wohl der Beweis geliefert, daß diese Erfüllungspolitik Rathenaus und Wirtschafts, die besser „Befreiungspolitik“ genannt worden wäre die einig richtige Politik gewesen ist. Heute wird gerade in denjenigen Kreisen, die sich am heftigsten gegen die „Erfüllung“ gestäubt haben, die Notwendigkeit, das Davesgutachten anzunehmen, offen anerkannt. Heute muß Deutschland, auch nach der Ansicht dieser Kreise, einer Regelung zustimmen, die erheblich über die Ideen Walter Rathenaus hinausgeht, und inzwischen hat uns die Politik der Richterfüller die Ruhrbesetzung mit all ihren furchtbaren wirtschaftlichen Wirkungen gebracht. Obgleich wir das Talent Rathenaus hoch bewerteten, verzeihen wir uns nicht zu der Illusion, ein Mann allein hätte durch seine Intelligenz und seinen Einfluss dem Lande schnell alle Wege zum Aufstieg erschließen können. Aber das Schlimmste wäre doch wohl vertrieben worden, wenn die aus dem „nationalen“ Dunkel abgefundenen Rufen ihn nicht feige

ermordet hätten, und jene Versöhnlichkeit, die in Genau die Konferenzversammlung zu enthusiastischem Beifall hinriß, hat in schwereren Stunden dem deutschen Volke oft gefehlt. Jeder weiß, daß die geistige Veranlagung der Verbrecher. Ihrer Auftraggeber und ihrer Bewunderer gar nicht ausreichte, um ihnen ein politisches Verleumdung zu ermöglichen, und daß Rathenau auch nur „erlebt“ werden mußte, weil er Jude und trotzdem Minister war. Wer so die Trennungslinie nicht zwischen dem guten und dem schlechten Patrioten, dem Ehrlichen und dem Unehrlichen, dem Mächtigen und dem Unmächtigen, sondern zwischen den Religionen zu ziehen versucht, steht zugleich die Grenzlinie zwischen sich und der zivilisierten Welt. Man kann sagen: warum weckt ihr an jedem Todestage die Erinnerung an das blutige Ereignis wieder auf? Es ist Pflicht, sie mahnend wach zu erhalten, weil die Rohheit und die Dummheit, die zu dem Verbrechen geführt und nach der Tat sich in schamlosen Kundgebungen gezeigt haben, sich immer noch breit machen und bestrebt sind, in Deutschland die Herrschaft zu erlangen. Solange die moralische Reinigung verhindert und von denen, die heimlich oder offenkundig mit dem Verbrechen sympathisiert haben, immer neue Verführung versucht wird, muß daran erinnert werden, welche Frucht aus der Saat aufgegangen ist. Nicht weniger schändlich als die Mordtaten, die den einzelnen, aus der Masse hervorragenden Mann niederstreckte, ist jener Giftmord, den man täglich und stündlich an der Seele eines Volkes verübt.

Die Beamtenbesoldung. Der Reichsfinanzminister hat die Vertreter der Beamtenverbände zu neuen Besprechungen für nächsten Sonnabend nach Berlin geladen. Es handelt sich um das Verlangen der unteren Beamtenklassen nach verbesserter Anpassung ihrer Bezüge an die letzte Gehaltsregelung.

Ein deutsch-türkischer Handelsvertrag. Der deutsche Botschafter Madonny ist von Angora zurück, wo die Verhandlungen für einen deutsch-türkischen Handelsvertrag im Gange sind. Auch der ungarische Gesandte, der dieser Tage in Angora war, hat einen Handelsvertrag mit der Türkei vorgeschlagen, aber den die türkische Regierung noch berät. Die türkische Regierung beabsichtigt, was von einem Teil der Presse stark geäußert wird, die Tabakregie aufzulösen, um die Erträge der eigenen Volkswirtschaft zufließen zu lassen. Mehr als Gerüchte sind über diese Angelegenheit noch nicht bekannt.

Von Stadt und Land.

Am 24. Juni.

Reichspräsident Ebert in Dresden.

Reichspräsident Ebert traf gestern vormittag 11,25 Uhr in Begleitung des Reichswehrministers Dr. Geßler, des sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, und des Staatssekretärs Dr. Weisner zum Besuch der Textilausstellung in Dresden ein. Er wurde auf dem Hauptbahnhof von Ministerpräsident Heldt, dem Oberbürgermeister Wäher, den Generalen Müller und Felch sowie dem Ministerialdirektor Gehrmann Dr. Schulze empfangen. Unter den Klängen des Deutschlandliedes schritt der Reichspräsident in Begleitung des Reichswehrministers und des Generals Müller, die auf der Bismarckstraße aufgestellte Ehrenkompanie des Infanterieregiments 10 ab und bestieg sodann mit dem Ministerpräsidenten Heldt das Auto, um sich nach dem Ausstellungspalast zu begeben. Die Straßen vom Hauptbahnhof bis zum Ausstellungspalast wurden von grünen Polizeimannschaften überwacht. Vor dem Portal an der Stäbelallee waren Kino- und Photographenapparate aufgestellt. Um 12 Uhr traf der Reichspräsident vor dem Ausstellungspalast ein. Hier hatten sich sämtliche sächsischen Staatsminister mit Ausnahme des Volksbildungsministers Dr. Kaiser eingefunden, der zurzeit beurlaubt ist. Ferner waren anwesend Reichshauptmann Bud und Vertreter der Stadt. Nach der Begrüßung begann im großen Saale der etwa eineinhalbstündige Rundgang. Nach der Beendigung des Rundganges fand ein Frühstück statt, in dessen Verlaufe einige Reden gehalten wurden. Schon in den zeitigen Nachmittagsstunden verließ der Reichspräsident Dresden wieder.

Preissteigerungen.

Wie aus Dresden gemeldet wird, hat der Reichswirtschaftsminister auf eine Anfang Mai an die Reichsregierung gerichtete Anfrage der sächsischen Regierung wegen der da un-

dort beobachteten Preissteigerungen folgende Antwort erteilt: „Die Bewegung der Preise ist ständig Gegenstand meiner besonderen Beobachtung. Als deren Ergebnis ist die außerordentliche Unehilflichkeit in der Entwicklung der Erzeuger- und Großhandelspreise einerseits, der Kleinhandelspreise andererseits innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsgruppen hervorzuheben. Zum Teil sind die festzustellenden Preissteigerungen lediglich als ein Rückschlag auf die weit unter die Selbstkosten gekletterten Preise von Mitte Februar aufzufassen. Dies gilt vor allem auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und auf dem der Eisenerzeugnisse. Auf anderen Gebieten wieder sind die Preissteigerungen erst durch eine besondere Konjunktur möglich geworden, wie z. B. auf dem Gebiete der Textilien, der Leder- und der Holzwirtschaft. Es darf damit gerechnet werden, daß unter dem Druck der Kreditrestriktionen der Reichsbank diese Konjunktur bald zusammenbrechen und daß die von ihnen ausgehende Steigerung der Indexzahlen bald ihr Ende erreicht. Die Teuerung, die im Lebenshaltungsindex seit Anfang Februar zum Ausdruck kommt, findet ihre Begründung in der natürlichen Steigerung des Index für Wohnung (von 0,33 auf 0,54) und des Ernährungsindex (116 gegen 127) sowie in der konjunkturmäßigen Steigerung des Index für Bekleidung (147 gegen 157). Steigerungen, die durch die Senkung des Index für Beheizung und Beleuchtung (115 gegen 147) nicht ausgewogen worden sind.“

Auf dem Gebiete des Großhandelsindex stehen wir ausgesprochenen Wellenbewegungen gegenüber, die zu einer Auspendelung des Preisstandes in eine Ruhezlage führen dürften. So ist der Index für Häute und Leder von 173,7 (Anfang Januar) über einen Höchststand von 155,8 (Mitte Februar), jetzt auf 133,4 angelangt. Beim Index für Metalle und Mineralöle wiederholt sich die gleiche Erscheinung (Anfang Januar: 111,2, Höchststand Anfang April: 128, zur Zeit 118,7). Auf allen Wirtschaftsgebieten stehen Preissteigerungen neben Preisensenkungen; mehrfach ist eine Preissteigerung nicht von der Erzeugung, sondern vom Handel ausgegangen.

Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß die stärksten Disparitäten Anfang Februar, sowie Ende März bis Anfang April von ungünstigem Einfluß auf den Preisstand gewesen sind und daß sich von der erneuten Stabilisierung der Währung in Verbindung mit den schon erwähnten Kreditrestriktionen auch — abgesehen von dem offensichtlichen Rückgang der Konjunktur auf einzelnen Wirtschaftsgebieten — für die Preisentwicklung Vorteile erhoffen lassen.

Nicht berechtigten Steigerungen der Preise im Großhandel und bei den Erzeugern oder der Beibehaltung eines nicht berechtigten Preisstandes suche ich — wo immer es mir zur Kenntnis kommt — wirksam entgegenzutreten.“

Bis jetzt haben sich die Hoffnungen des Reichswirtschaftsministers auf Preisentungen noch nicht wesentlich erfüllt.

Tagung des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens.

Der kürzlich gegründete Landesverband der höheren Beamten Sachsens, der wie der Reichsbund der höheren Beamten auch in Sachsen alle im öffentlichen Dienst stehenden Juristen, Mediziner, Philologen, Techniker und Theologen umfasst, hat auf seiner Tagung am 22. Juni in Dresden folgende Entschlüsse gefaßt: Die höheren Beamten Sachsens bekennen sich zu dem Ideal des gesamten Beamtentums, der restlosen Hingabe von Person und Lebensführung an den Dienst. Sie halten fest an der für jeden Beruf selbstverständlichen Forderung der sachlichen Vorbildung, die gerade für das höhere Beamtentum mit seiner gesteigerten Verantwortunglichkeit besonders nachdrücklich gestellt werden muß. Nur mit einer solchen Beamtenschaft kann der Staat seine Aufgaben sachgemäß lösen und seine Autorität aufrecht erhalten. Daraus erwächst dem gesamten Volk die unabweihsbare Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß bei Besetzung von Beamtenstellen Parteipolitik ausgeschaltet und wieder lediglich die berufliche Tüchtigkeit als entscheidend angesehen wird. Die berufliche Tüchtigkeit kann sich aber nur dann voll auswirken, wenn der Staat all denen, die ihm als Beamten dienen, eine ausreichende Besoldung gewährt. Bei ihrer Besoldung muß insbesondere auf die Dauer und die Kosten der Vorbildung Rücksicht genommen werden. Dies alles ist notwendig, damit die überhandnehmende Abwanderung tüchtiger Kräfte verhindert wird und die höhere Beamtenschaft wieder den Mut faßt, ihre Kinder der Beamtenlaufbahn zuzuführen und für Befähigte aller Volksteeile der Anreiz geschaffen wird, in diese Berufe einzutreten.

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.
Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer.
(30. Fortsetzung.)

Schundzwanzigstes Kapitel.

Die Erscheinung.

Während Abjörn Krag den Fußboden in der Nähe des großen Bildes untersuchte, hatte Rosenkrantz das junge Mädchen zu einem Sofa getragen und ihr die Schläfe mit kaltem Wasser benehrt. Sie kam allmählich zu sich, öffnete die Augen und schaute sich verwundert um. Obwohl die Augen aber schnell wieder, als fürchte sie ihr Bild könnte auf etwas Entsetzliches fallen.

Kraag blickte sich um das junge Mädchen gar nicht, dagegen hielten die Spuren bei dem Bild seine ungeteilte Aufmerksamkeit gefangen. Er hatte Schnee und Fußspuren gefunden, und wenn er das mit dem Umstand zusammenhieß, daß an den Schuhen des jungen Mädchens durchaus nichts vom Schnee zu finden war, so lag der Schluß nahe daß sich auch jemand ins Saal aufgehalten haben mußte.

Eben wollte Kraag zu Frederik Quise gehen und sehen, ob er mit ihr sprechen könne, als seine Aufmerksamkeit durch ein Geräusch vor der Tür gefangen wurde. Eine Tür wurde geöffnet und wieder geschlossen. Kraag ging auf den Gang hinaus und kam gerade recht, eine mittelgroße mit einem Wams bekleidete Gestalt eintreten zu sehen. Der Mann hatte die Miene

über die Ohren heruntergezogen und trug eine rötlich brennende Laterne in der Hand. Er war im Begriff den Gang entlangzuschreiten, blieb aber sofort stehen, als Krag ein scharfes: „Wer sind Sie!“ ausrief.

Der Mann im Wams sah auf, und nun erkannte ihn Abjörn Krag.

Es war der Verwalter Bringe, den er im Zimmer des Leutnants getroffen und der damals schon seine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte.

„Was tun Sie hier?“ fragte Krag.

Der Verwalter antwortete, ohne sich einen Augenblick zu bedenken.

„Es kam mir vor, als ob ich im Hause einen Mann hörte und als ob Lichter an den Fenstern hin und her flackerten. Wir haben Befehl, in dieser Zeit die Kluge offen zu halten.“

„Haben Sie einen Hauschlüssel?“

„Ja.“

„Wäre es nicht richtiger gewesen, wenn Sie Hans Christian geweckt hätten, statt selbst nachzusehen?“

„Warum den alten Mann ohne Grund aufwecken? Ich wollte zuerst nachsehen, ob wirklich etwas los sei. Dann wäre es immer noch Zeit gewesen, ihn zu wecken.“ Wahrheitslieblich hat er in den letzten Tagen nicht allzu viel geschlafen, es war soviel Unruhe auf dem Hofe.“

Abjörn Krag schaute den Mann forschend an. Er hatte ein unerklärliches Mißtrauen gegen ihn gefaßt ohne Rechenschaft darüber ablegen zu können, worin der Grund zu diesem Mißtrauen lag.

„Was ist denn eigentlich los?“ fragte der Mann.

„Nichts, wobei Ihr Bekund nötig ist.“ erwiderte Abjörn Krag.

„Nicht?“ Der Mann ließ wie etwas verlegen die Laterne hin und her pendeln. „Ich habe es nur gut gemeint.“ sagte er.

„Daran zweifle ich nicht.“

„Dann kann ich also wieder gehen?“

„Warten Sie noch einen Augenblick. Stellen Sie die Laterne hierher.“

Der Detektiv deutete auf einen Pfeilerstock, und der Verwalter stellte die Laterne darauf.

„Brauchen Sie die Laterne?“ fragte er.

Kraag gab keine Antwort.

„Kann ich gehen?“ fragte Bringe.

„Nein, bleiben Sie noch einen Augenblick. Wollen Sie mir einige Fragen beantworten?“

„Ja, so gut ich kann.“

„Wo befindet sich Ihr Zimmer?“

„Im Deutsches dort drüben.“

„Schlafen Sie allein?“

„Ja, ich habe ein eigenes Zimmer.“

„Das Fenster geht auf den Hof hinaus?“

„Ja das Fenster geht auf den Hof hinaus.“

„Sie sagen, Sie seien durch ein Geräusch geweckt worden.“

„Ja und als ich zum Fenster hinauszah, meinte ich, im Herrenhause Licht hinter den Fenstern hin und her flackern zu sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Letzte Drahtnachrichten.

Die Personalverhältnisse bei der Gesellschaft Deutsche Reichsbahn.

Berlin, 24. Juni. Einer Korrespondenzmeldung zufolge wird dem Reichstag in diesen Tagen der Gesetzentwurf über die Regelung der Personalverhältnisse bei der Gesellschaft Deutsche Reichsbahn zugehen. Die Rechts- und Personalverhältnisse werden danach durch Gesetz und die von der Gesellschaft zu erlassenden Verordnungen geregelt. Die Reichsbahnbeamten sind, wenn nicht ausdrücklich anders angedeutet, Besoldung, Wartegeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung regelt die Personalverordnung, desgleichen Urlaub und Arbeitszeit. Die Reichsbahnbeamten haben zwecks Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Gesellschaft die gleichen gesetzlichen Rechte und Pflichten wie die Reichsbahnbeamten der Reichsverwaltung. Die Gesellschaft übernimmt die im Dienste der deutschen Bahn vorhandenen Angestellten und Arbeiter mit den bestehenden Rechten und Pflichten. Den Reichsbahnbeamten werden Besoldung, Wartegeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nach demselben Rechte gewährleistet, das sie als Reichsbahnbeamte hatten.

Deutschlands Entlohnung, die vitalste Frage der Alliierten.

Paris, 23. Juni. Der Sonderberichterstatter von Havas, der Ministerpräsident Herriot auf seiner Reise begleitet, glaubt in der Lage zu sein, mitzutteilen, daß außer den durch das Kommando von Chequers bekanntgegebenen Beschlüssen Macdonald und Herriot eine wichtige Entscheidung getroffen haben, die Deutschland unverzüglich den Beweis liefern, daß eine Gemeinsamkeit der Ansichten zwischen der englischen und der französischen Regierung bestehe. Die Ministerpräsidenten hätten den Wortlaut einer Kollektionsnote festgelegt, die unverzüglich an die deutsche Regierung abgehen werde, sobald ihr Inhalt die Billigung des belgischen Ministeriums gefunden habe, woran nicht zu zweifeln sei. Diese Note lenke die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung in seltener Weise auf das Interesse, daß sie jetzt habe, materielle Beweise des guten Willens zu geben wenn sie wünsche, daß die normalen Beziehungen zwischen Deutschland und den verbündeten Mächten wiederhergestellt werden sollen. Insbesondere müsse die deutsche Regierung vor dem 30. Juni auf die letzte Entlohnungsnote der Vorkriegskonferenz antworten. Die von den beiden Ministerpräsidenten vorgeschlagene Note werde in dringender Weise betonen, daß es für Deutschland notwendig sei, unverzüglich in der vitalsten Frage der Entlohnung die erforderliche Beugung zu geben.

Der Reichskanzler über die Alarmnachrichten über deutsche Märsche.

Berlin, 23. Juni. Der Reichskanzler gewährte dem Berliner Vertreter von Reuters eine Unterredung, in der er

zu den in den letzten Tagen in französischen und englischen Blättern erschienenen Alarmnachrichten über angebliche deutsche Märsche erklärte, es sei nicht möglich, allen diesen Tendenzmeldungen entgegenzutreten. Er erinnerte den Berichterstatter an das amtliche deutsche Dementi gegen eine vom Pariser "Journal" gebrachte Meldung über einen angeblich geplanten Überfall auf die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet und wies darauf hin, daß nach dem Dementi von einem Mitarbeiter des "Daily Telegraph" festgestellt wurde, daß es sich bei dem angeblichen Bericht des "Journal" um die Arbeit eines über-eifrigen Agenten handelte. Nach der Versicherung des "Daily Telegraph" habe weder die französische noch die englische Regierung den Alarmberichten Glauben geschenkt. Niemand aber bürge dafür, daß nicht andere Alarmberichte, besonders solche über angebliche geheime deutsche Märsche, die mit sehr genau klingenden Zahlen versehen sind, Glauben finden. Die fraglichen Zahlen seien aus einem ganz sachlich gehaltenen Aufsatze einer englischen Fachzeitung entnommen, der zu dem Ergebnis komme, daß im Großen und Ganzen die deutsche Entlohnung obliege durchgeführt und Deutschland außerstande sei, auch nur einen Defensivkrieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Die in der französischen Presse erschienenen Bruchstücke sind indessen so ausgewählt, daß sie den gegenteiligen Eindruck erwecken. Der Reichskanzler besahe sich dann mit der Erklärung, die kürzlich von dem schlagigen französischen Kriegsminister, General Rollet, der "Morningpost" gegeben worden sei. Der Reichskanzler wies mit Nachdruck darauf hin, daß in einem großen Staate mit starken innerpolitischen Gegensätzen neben einem Heer von nur 100 000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie für die Erledigung administrativer polizeilicher Aufgaben ein Verwaltungskörper von insgesamt 150 000 Köpfen als Minimum erforderlich sei. Eine Gefahr für Frankreich bedeute dieser Verwaltungskörper schon deshalb nicht, weil die Polizei für militärische Zwecke gar nicht abkömmlich ist und mit der Reichswehr nicht die geringste organische Verbindung hat. Daß im übrigen die deutsche Industrie wirklich reslos auf Friedensproduktion eingestellt ist, das müssen General Rollets Offiziere selbst am besten wissen.

Macdonald über seine Besprechung mit Herriot.

London, 23. Juni. Im Verlaufe einer längeren Erklärung im Unterhaus sagte Macdonald, seine Besprechungen mit Herriot werden dem italienischen und dem belgischen Ministerpräsidenten bekanntgegeben werden, denn es bestehe nicht die Absicht, ein ausschließlich englisch-französisches Abkommen zu schließen. Wahrscheinlich werde am 18. Juli eine interalliierte Konferenz in London zusammentreten. Es sei höchstwahrscheinlich, daß America sich dabei betreten lasse, und über diesen Punkt seien Mitteilungen unterwegs. In Erwiderung auf eine Anfrage, ob Deutschland zu der Konferenz eingeladen werden solle, sagte Macdonald, der erste und wichtigste Punkt sei, daß zwischen den All-

lierten eine Vereinbarung im Hinblick auf die Durchführung des Dawesberichts bestehe. Die Alliierten seien der Ansicht, daß dieser Bericht Deutschland gewisse Verpflichtungen auferlege, die in den vom Versailles Vertrag ihm auferlegten Verpflichtungen nicht enthalten seien. Die Alliierten müßten erörtern, in welcher Weise Deutschland am besten zum bereitwilligen Teilhaber bei der Übernahme der Verpflichtungen gemacht werden könne. Der Dawesbericht werde die Tagesordnung der Zusammenkunft bilden, und sobald der zur praktischen Anwendung des Dawesplanes notwendige Apparat in Aktion sei, würden die Alliierten mit der Erörterung unerledigter Probleme fortfahren, darunter des Problems der interalliierten Schulden, wenn dies auch nicht mit der Frage der Anwendung des Dawesberichts in einen Topf geworfen werden dürfte. Die Frage des Antriebs der verschiedenen Alliierten an den von Deutschland eingehenden Zahlungen werde nicht wieder aufgeworfen werden. Die Dominions würden in vollem Maße um Rat gefragt werden.

London, 23. Juni. Unterhaus. Lloyd George fragte nach den Ausführungen Macdonalds, ob er dieses so verstehen solle, daß Deutschland auf der nächsten Konferenz nicht vertreten sein würde, sondern im Anschluß an diese zu einer anderen Konferenz in London oder anderswo eingeladen werde. Macdonald bat in seiner Antwort das Haus, die Angelegenheit auf dem Punkte zu belassen, wo sie wäre, da man sie nur oberflächlich besprochen habe und noch zu keiner endgültigen Regelung gelangt sei. Deutschland würde aufgefordert werden, teilzunehmen, um eine endgültige Regelung für die Sanftstellung des Dawesberichts zu erreichen.

London, 23. Juni. Herriot erklärte heute vor seiner Abreise nach Brüssel einem Vertreter des "Evening Standard", er reise nach Brüssel, um Deunis mitzutellen, daß ein volles Einvernehmen zwischen England und Frankreich erzielt sei. Obwohl die große Weltfuhr Herriot fort, das wir zu vollbringen haben, in diesem Augenblick erst begonnen hat, glaube ich sagen zu können, daß es gut begonnen hat und auf fester Grundlage steht. Ich bin persönlich damit zufrieden, und meiner Ueberzeugung nach wird auch Frankreich damit zufrieden sein.

Eine schwere Niederlage der englischen Regierung.

London, 24. Juni. Bei der Abstimmung über eine Geschäftsordnungsanfrage erlitt die Regierung eine Niederlage. 175 Abgeordnete stimmten für, 315 gegen die Regierung. Die Wähler haben hervor, daß dies die fünfte Niederlage der Regierung Macdonalds sei und die schwerste, die eine Regierung in den letzten Jahren erlitten habe.

Holsteiner Tafelbutter

Vollpackete 9 und 5 Pfund geteilt in 1/2 oder 1/3 Pfd.-Stück.
Keine Butterknappheit im Winter!
Dauer-Butter

in luftdichten Blechblechbüchsen zum Einlagern für den Winter. Vollpackete 9 und 5 Pfund sofort lieferbar, zum billigsten Tagespreis. Nachh. Wert versichert. Haltbarkeit bis Mai 1935 garantiert! Preisersparnis gegen Butterpreis im Winter ca. 1.- Mk. pro Pfund

Butterversandhaus Detlef Tieszen
Begr. 1869. Schaffeldt (Holstein).

Gelegenheitskauf!

4 neue Berber-Teppiche

"Rabristan", je ca. 2x4 m und 3x4 m groß, handgeknüpft, doppelseitig gearbeitet, Prachtstücke, zu verkaufen durch

B. Kluge, Chemnitz,
Annaberger Str. 68, Telefon 1151.

Schlaf-Zimmer

preiswert zu verkaufen.

Aue, Bahnhofstr. 34.

Matthes
Prima
Fetttheringe
10 Stück nur 50 Pfg.,
feinste Gewürzgurken
Pfund nur 65 Pfg. bei
Paul Matthes, Annaberger
Straße

Feinste holsteinsche
Tafelbutter
täglich frisch
zum jeweiligen Tagespreis.
Porto und Verpackung extra.
Versand in 9-Pfd.-Paket und
Nachnahme.
Centralmeierei
Eddelak in Holst.
Ind. G. P. Stüb.

Ein gebrauchter
Kinderwagen
billig zu verkaufen
Klosterstraße 1, I., 7.

Wer zum Film
will, wende sich mit genauer
Adresse an
Alois Stegmann, Nürnberg.

Fahrradgummi
Wiese Kisträge und An-
stellungen sind der beste
Beweis meiner Leistungsfähigkeit
und guten Ware.
Nachdem Sie einen Versuch!
Fahrradmantel 2.95
prima Qualität 3.55
extra prima Qualität 4.50
Gehwegmantel
4.75 u. 5.-
Fahrradkappe
extra prima Qualität 1.-
und 1.25

Fahrräder
Nähmaschinen
Preis nicht fest, gratis.
Adresse an
Emil Levy, Hildesheim 98.

Orga-Privat
die
Volkschreibmaschine
für Ladenbesitzer, Hand-
werker, Kleingewerbetrei-
bende, Aerzte und
Privateute.
Preis nur:
135.- G.-M.
Zu beziehen durch:
Herbert Milster, Aue Bahnhofstr. 9.
Vertretung für Aue und Umgebung. — Fernsprecher 334. —

Sil
Das prachtvollste Schneeweiß
mit jeder Wäsche, die mit Wasser
waschen kann.
Sil Manka's bestes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifewäsche geeignet, wendet die unentbehrliche Kammerseife.
— OMEGA COLOR —

Nigrin-Extra
ausschließlich reines Terpentinöl.
bessen Sie sich nicht bezogen!
Auf Täuschung ausgehend, wird vielfach Schahputz,
der fast glaslich aus Terpentin-Extrakt hergestellt
ist, als Terpentinölware angeboten. Gegenüber enthält
Dr. Giesner's Schuhputz

Raths Kaffeehaus Aue
Mittwoch, den 25. Juni
abend 8 Uhr
großes Extrakonzert
mit verstärkter Kapelle.

Schützenhaus Aue.
Mittwoch, 25. Juni, Garten-Konzert
abends 7/8 Uhr
ausgeführt von der Auer Stadtkapelle.
Leitung: Kapellmeister Drechsel.
Nach dem Konzert: **Feiner Ball.**
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.
Unterkunftshaus **Gleesberg** haben guten Erfolg im **Auer Tageblatt.**
Beliebter Ausflugsort.

Billengrundstück
auch für 2 Familien passend, mit 5000 Quadratmeter Obst-,
Gemüse- und Beergarten, etwas Wald, baldigst zu verkaufen.
Preis 40000.- bei 20000 Mark Anzahlung.
5-Zimmer-Wohnung mit reichlichem Zubehör wird frei.
Selbstreflektanten wollen sich persönlich mit mir in Ver-
bindung setzen.
Friedrich Götz
Schwarzenberg, Marienbader Str. 45.

Betonbalken
Betonstürze
Cementdielen
Tel. 2301. offeriert Tel. 2301.
Emil Leonhardt, Chemnitz-Schönnau.
Sommersprossen - weg!
Goldenegefahrten teils unentgeltlich mit, auf reichliche
Weise ich meine Sommerprossen günstig befeigte.
Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 101. Schloß 47.